

Bezugsspreise:
Für Halle monatlich für zweimalige
Ausstellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 M., durch die Post 22,50 M.,
einw. Zuzahlungsgeld. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
einzelnen Zeitungsverkauf unter
Einschaltung eingetragener, für
unsern eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Hochdruck nur mit der
Bereitstellung, Einzel-Verkauf ge-
boten. Ferner der Schriftleitung, Nr.
1140, der Anzeigen-Abt., Nr. 1418
u. 7411, der Bezug-Abt., Nr. 1133.

Zoolog-Beitrag

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 Spalten 36 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 40 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restanten
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nach dem
unserer Geschäftsstellen a. sämtliche
Anzeigenpreise. Erfüllungsort:
Halle, Erstausgabe täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Erschließung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 14. Gr. Deubachstr. 17.
Halle, Geschäftsstellen: Große
Mühlstr. 22 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 445.

Halle, Donnerstag, den 23. September 1920.

Einzelpreis 20 Pf.

Eine Groß-Berlin-Debatte im Landtage.

Millerands Bedingungen für Übernahme der Präsidentschaft. — Entente-Untersuchungen in Oberschlesien. — Hardings Stellung zu Europa.

Der rechte Weg.

Der preussische Kultusminister Saenius wird von den Rechtsparcieen zum Mittelpunkt einer Angriffsbe-
wegung gemacht, die jeden, der den wahren Charakter des
deutschen Volkes nicht in nationalitätlichen Phrasenhelden
und nachstrophischen Cäselaträren verkörpert sieht, sondern
vielmehr in der Masse des Volkes, die viel tiefer und inner-
licher denkt und fühlt, nicht nur mit Grimm und Abscheu,
sich vielmehr mit Trauer darüber erfüllt hat, daß der
eins für jenes deutsche Wesen, an dem die Welt gesehen
sann, weichen Kreier verloren ging unter der demagogischen
Herrschaft einzelner fanatischer Führer, die in ihrer Wildheit
den Verlust ihrer alten Machtstellung nicht mehr klar sehen,
was sie mit ihrem sinnlosen Toben anrichten und wie sich an
der Volkseele verhalten. Wer demotisch empfinden
und denken gelernt hat, fühlte sich seit Jahr und Tag ver-
pflichtet, gegen dieses beinahe krankhafte Wirren von der
geübten Basis für das nationale Fühlen und Denken mit
allen geistigen Waffen, die zur Verfügung standen, Front
zu machen. Aber bei den meisten dieser Kämpfer um das
wahre Deutschland trat die Mitleidigkeit ein, wenn sie
sahen, daß breite Bevölkerungsschichten trotz allem sich zum
Phrasengeflüster einlassen ließen und aus alter, angeerbter
Unfähigkeit keinen Nutzen ziehen, bei denen sich unter
dem Einfluß von Reden und Worten über den Zusammenbruch
ihres Götzen eine Umwertung aller Dinge vollzogen hatte.

Wir sind gewiß die letzten, die alles gutheißen, was
Saenius als preussischer Kultusminister durchzuführen
vermocht, und die Demokraten in der Regierung wachen dar-
über, daß keine Reformbestrebungen nicht aus dem Rahmen
desse herausgehen, was die Mehrheit des Volkes als ihren
Wille durch ihre Abgeordneten festsetzt. Aber es
verfallen auch nicht in den Fehler einen Minister oder in
die Verwaltung heruhen Politiker schon deswegen von
normieren für unfähig zur Erfüllung seines Amtes zu er-
klären, weil er einen anderen politischen Anschauungspunkt
als wir selber. Es macht nicht gar seinen Unterschied, ob
diese Anschauung nach rechts oder nach links liegt, wenn
nur über der Parteiarbeitung die Sache um das Wohl der
Volksgemeinschaft und des Vaterlandes steht.

Nun hat der von der Rechten so geschmähte Kultus-
minister bei seinem Besuche in Hensburg in einer Weise
mit der reaktionären Demagogie abgerechnet, die jedem
rechtlich und vernünftig denkenden Deutschen Achtung ab-
nötigt. In einem längeren Briefe berichtet Ministerial-
direktor Kaufmann über diesen Verfall. Den im
„B. T.“ enthaltenen Ausführungen entnehmen wir fol-
gendes:

Ein Oberprimarier weigerte sich erschröckend
derweil dem Direktor gegenüber bei dem Be-
suche der beiden Herren Ministerpräsidenten und
des Ministers den „Gedanken“ vorzutragen. Als
er verurteilt hatte, daß ihm im übrigen wohl wäre, und als er
daran gebeten wurde, dann doch die Gründe dieses ebenso neuen
wie eigenartigen partiellen Schulters mitzuteilen, erklärte der
Luna Herr, er „kann aus einem Professorenschaufel“ und der
Herr Minister „habe die D. B. T.“ in die Hand
zu nehmen. Er sagte, daß er in dem hohen Bogen
wäre der Minister wohl früher bei solchem Material aus des Mi-
nisters Exzellenz gelassen? Heute erregte sich ob dieser Be-
weidung nichts mehr und nichts weniger, als daß der Minister
den „lieben jungen Herrn“ sehr freundlich hat,
dieses für ihn bezeichnende Wort nicht zu benutzen, insbeson-
dere in der Gegenwart, und die nächst einander zu ver-
halten und die Besanftener unterlaßt habe. Es ver-
trage sich deshalb mit der nationalen Würde des Primariers
nicht, sich in Gegenwart des Ministers in der vorliegenden Weise
zu betätigen. Die gleichen Vorwürfe wurden nachher
gegen den Minister in einer anderen Weise gemacht.
Der Minister war offensichtlich darüber für die Anrede,
sich über die nationalen Fragen und über einige für den
verantwortlichen Leiter unserer Schulen heute leider not-
wendige, aber regelmäßig parteipolitisch zu seinen Lasten miß-
deutende Maßnahmen vor diesem unendlichen Parlament äußern
zu können. Er sagte den jungen Leuten auseinander, wie wä-
re die nationale Sache. Er sagte, daß heute noch die Na-
tionalität in der äußeren Erscheinung und äußeren
Feiern, für die unsere Zeit nicht angeht; wir er müßte,
daß die Jugend sich noch nicht parteipolitisch schiene und äußerlich
durch Abzeichen trenne, sondern auf der Schulbank die na-
tionalistische Mittel an der Lerne, wie von Seiten
und Schülern nicht erzwungen, daß ihre Anschauungen und Be-
weisen wie ein Verb, wie er aber von ihnen erzwungen müßte,
daß sie gegebene Aufgaben sachlich und unbefangen
zu erledigen lernten; wie der traurige und be-
schämende Breslauer Tag erneut gezeigt habe, daß wir jeden An-
laß zu weiteren Demütigungen, Entwürdigungen und Ver-
wundungen neben hätten, umwits deshalb auch die
Verantwortung für Zusammenhänge bei Besanftener von ihm nicht
haben übernommen werden können.

Es würde zu weit führen, die von sidemem pädagogischen
Takt getragenen und auf die einseitig unterrichtete Jugend offen-
sichtlich beruhenden wunden Ausweisungen des Ministers im
einzelnen hier wiederzugeben. Die Kritik an der war, daß
der jugendliche Interpretant sich freundlich erbot, dem

Minister seine Rechte reichlich und sich nun auf
dessen erneute Forderungen herbeizuliegen, den „Erl-
läuterung“ nebenbei sogar recht auf, vorzutragen.
Der Minister konnte ausrichten, er unterlasse, getreu dem
Grundsatz, daß offene Aussprache immer die beste
Heilung sei, jede weitere Verfolgung dieser
Sache durch die Schule, und der Leiter der Schule sprach
dem Minister in warmen Worten den Dank für diese Er-
klärung des ihm sehr unangenehmen Zwischenfalls wie die Ver-
sicherung aus, daß er an seinem Zeit, so schmerzlich das Verbot
der Besanftener berührt habe, in voller Uebereinstimmung mit dem
Minister ernst bemüht sei, die Jugend im Sinne der
von ihm ausgesprochenen Grundätze zu leiten.
Was wir von allem hoffen wollen, die für unsere Jugend auf der
Schulbank verantwortlichen sind.

Somit das Trauerspiel aus dem Bericht des Ministe-
rialdirektors Kaufmann. Aus jeder, der politisch mit
Saenius nicht übereinstimmt, muß zugeben, daß der Mi-
nister mit dieser Art alle diejenigen bedacht hat, die es
nicht verstehen, als reife Männer und Deutsche den Verfall
über das Gefühl setzen zu lassen und sich die Verantwortung
bewußt zu sein, die ihnen in der Erziehung unserer
Jugend obliegt. Aber nicht nur in der Schule, sondern auch
im sonstigen Leben zerlagene die Politiker, die die vor-
nehmste Pflicht der Selbstbeherrschung nicht gelernt haben,
vielen und treiben die Massen in den inneren Zwiespalt.
Auch sie sollten endlich erkennen, daß der richtige Weg, der
unter deutsches Volk zurückführt zu dem ihm ureigenen
Wesen, an dem die Welt gesehen kann, nicht beruht auf
Herrschen und Diktieren um jeden Preis, sondern
nur der ihr, gegebenen Aufgaben sachlich und unbefangen zu
wachsen und da, wo sich Meinungsverschiedenheiten und
Gegensätze ergeben, die Höfliche Aussprache zu suchen, statt
auf den Andersdenkenden mit der Scheitel der Verleumdung
und Anbuhlung zu verfahren.

Wißt du dich selber erkennen,
Sich, wie die andern es treiben;
Wißt du die andern verstehen
Wißt in dein eigenes Herz.
Deutsch sein, heißt in erster Linie Mensch sein!

Rücktritt des deutschen Grenzkommissars für das Saargebiet.

Berlin, 22. Sept. Die Reichsregierung hat das Gesuch
des deutschen Mitgliedes der Grenzkommission für das Saar-
gebiet, Oberstleutnant v. Planck, um Entsetzung von
seiner Stellung genehmigt und zu seinem Nachfolger den
Landrat Schwebel in Weiskirchen, zunächst kommissarisch,
ernannt.

Die Lage in Oberschlesien.

Paris, 21. Sept. (Sollandisch Neumarsburg.) Die
französischen Mächte haben, daß die Militärkommission in
Oberschlesien eine Untersuchung eingeleitet hat, um Auf-
klärung in die Angelegenheit der Woffenluden in 3 Abzue
zu bringen. Es wurden dort 2800 Gewehre, 8 Maschinen-
gewehre und 8000 Patronen, die für eine geheime
deutsche Militärorganisation bestimmt waren,
gefunden.

Hardings Stellung zu Europa.

London, 21. Sept. Der republikanische Präsidentschafts-
kandidat Harding gab dem Vertreter der „Morning Post“
in Marion Dpico ein Interview, in dem er auf die politi-
schen Ziele der republikanischen Partei, besonders die außen-
politischen, einging.

Er sagte: Wir haben ein Recht auf den Frieden in
der Welt. Es ist ungerath, daß der technische
Kriegszustand in dieser Welt fortbesteht. Wenn wir jedoch
Frieden machen mit Deutschland so besetzt das nicht, daß
wir uns gegen unsere früheren Verbündeten wenden müssen,
oder irgend etwas unternehmen, das ihnen Schaden zufügen
könnte. Harding ist der Ansicht, daß zwischen England und
den Vereinigten Staaten eine starke wirtschaftliche
Konkurrenz entstehen wird. Doch hofft er auf eine vor-
nehmliche Kampfesweise.

In seiner Stellung zum Millerand wünscht er an
der Tradition Amerikas festzuhalten und jede Verbindung
Amerikas mit Europa durch amerikanische Interessen ein-
zuschranken. Im Weltkrieg habe England seine Macht
überwiegend gestützt, und wenn man auch zugebe, daß
das Land ungewöhnliche Opfer auf sich genommen hätte,
so könne man doch nicht sagen, daß es seinen Besitz nicht durch
unrechtmäßige Methoden ausgebeutet habe. Harding er-
klärte dann, daß unter seiner Regierung militärische Bünd-
nisse mit Europa unmöglich wären, und daß Amerika mit
aller Kraft versuchen werde, dem größten Teil des Frachten-
und Schiffahrtverkehrs auf dem Atlantischen Ozean in eigen-
nen Schiffen zu bewältigen. Wir waren bumm gegen
Englands große Handelsflotte zu entwickeln, aber wir werden
diese Dummheit nicht wiederholen.“ Der englisch-
amerikanische Gegensatz werde besonders scharf im Kampf

um den südamerikanischen Handel vom Ausbruch
kommen, dessen Kontrolle sich Amerika vorbehalten wolle.
da Südamerika in das Interessengebiet der Vereinigten
Staaten und nicht Englands falle.

Steuerzuschuß des Reichswirtschaftsrats.

Im Reichswirtschaftsrat ist von dem Vize-Dr. S. Schen-
burg und Prof. Dr. Schmalenbach folgender Antrag
eingetragen worden:

Der Reichswirtschaftsrat wolle beschließen: Es wird ein
Steuerzuschuß des vorläufigen Reichs-
wirtschaftsrats gebildet, dessen Aufgabe sein soll:

1. bei den neuen Steuergelegenheiten, Ausführungsbestimmungen, Vollzugsanweisungen, soweit sie vom Reichs-
finanzministerium dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt
werden, sich gutachtlich zu äußern.
2. bei schon bestehenden Steuergelegenheiten auf etwaige
Schädigungen und Gefahren, die durch sie dem Wirt-
schaftsleben drohen, hinzuweisen und Vorkehrungs-
maßnahmen vorzuschlagen.
3. Initiativanträge vorzubereiten, die den Abbau oder
die Veränderung bestehender oder die Einführung
neuer Steuergelegenheiten zum Ziele haben.

Inwieweit Steuergelegenheiten auf andere Weise sich beziehen,
sollen die Beratungen und Vorschläge der Steuerkommission
auch auf diese Weise sich beziehen. Der Steuerzuschuß
besteht aus 15 Mitgliedern und 15 Stellvertretern, von
denen je 5 Mitglieder und je 5 Stellvertreter angehören:
den Arbeitgebervertretern, den Arbeitnehmervertretern und
den Gruppen VII bis X.

Millerand wieder der erste Präsident der französischen Republik.

Millerand wieder der erste Präsident der französischen
Republik sein, der vor der Annahme einer Kandidatur
Erklärung abgegeben hat, aus der hervorgeht, daß er
eine mehr als repräsentative Rolle bean-
sprucht. Er nimmt zunächst Bezug auf eine Rede, die er
am 7. November 1919 gehalten hat.

In dieser Rede entwickelte er das Programm einer be-
deutenden Verfassungsänderung. Das Parla-
ment, so sagte er, habe sich mehr und mehr die Rechte der
Erziehungswelt angeeignet. Mit diesem
System müßte endlich gebrochen werden, der Präsident
der Republik werde heute von den 900 Mitgliedern des Parla-
ments gewählt. Deshalb sei er aber nicht der Stimmbus
der Parlamentarier, vielmehr der erste Vertreter der Re-
publik. Deshalb dürften seine Wähler nicht nur im Senat
und in der Kammer sitzen.

Wenn auch traurige Erfahrungen und gemächte
Gründe von der Volksmehrheit abirren, sei ein Mittel-
weg möglich und wünschenswert, indem der Kreis der
Wähler erweitert würde. Es könnten hinzu-
kommen die Vertreter der großen Körperkassen — auch
die Wahlen zum Senat müßten auf eine breitere Basis ge-
stellt werden, neben den Municipal- und Generalräten
müßten die großen Berufsverbände einen Teil der Sena-
toren wählen; Handelskammern, Arbeitgeber- und Arbeit-
nehmerverbände ufm.

Um all die vom Lande erwarteten Reformen durch-
zuführen zu können, müßte zunächst eine weitgehende
Dezentralisation durchgeführt werden. Die Regie-
rungskollegen müßten die in ihrem Bereiche liegenden wirtschaft-
lichen und Verwaltungsfragen selbständig regeln, wodurch
die Aufgaben des Parlaments erleichtert und die Zentral-
verwaltungsstellen entlastet würden.

Diese Neuerungen erforderten zwar Verfassungs-
änderungen, dürften aber trotzdem nicht auf die lange
Bank geschoben werden. Von vornherein müßten sich aber
alle darüber einig sein, daß bei diesen Verfassungsänderun-
gen zwei Grundbegriffe völlig unberührt bleiben müßten: die
Republik und die Laizität, d. h. Trennung von Staat und
Kirche und konfessionslose Schule.

Die Erklärung, daß der jetzt Millerand die An-
nahme der Kandidatur begiebt, lautet fol-
gendermaßen:

Ich habe in meiner Rede vom 7. November 1919 die
Politik des sozialen Fortschritts, der Ordnung, der Arbeit,
und Einigkeit umschrieben, die sich nach außen hin kenn-
zeichnet durch die uneingeschränkte Durchfüh-
rung des Versailleser Vertrages und die Ver-
festigung seiner Grundlagen in Uebereinstimmung mit
unseren Verbündeten, nach innen durch die Aufrechterhal-
tung der Staatsgesetze, die Wiederherstellung aller wirt-
schaftlichen Kräfte, die Dezentralisation und im ge-
gebenen Zeitpunkt auf Grund der Erfahrungen notwendig
werdende Verbesserungen unserer Staatsgesetze.
Sich sechs Monaten habe ich unerschrocken dem Vertrauen des
Parlaments, diese Politik methodisch und nachahmlich durch-
zuführen. Ich glaube, ich habe die Gründe dafür ange-
führt, daß ich dieser Politik nirgend besser dienen kann, als
in der Eigenschaft als Ministerpräsident. Wenn aber die
Mehrheit der beiden Kammern meine Annäherung im
Einzelnen als nützlich für die Einhaltung und Fortsetzung
dieser nationalen Politik erachtet, wenn diese Mehrheit gleich

Wie ich glaube, daß der Präsident der Republik, wenn er auch nicht der Vertreter einer Partei, so doch der Vertreter einer Politik sein kann und muß, die in enger Zusammenarbeit mit seinen Ministern gefestigt und durchgeführt wurde, so werde ich mich dem Rufe der Volkserhebung nicht entziehen.

Paris, 22. Sept. Die demokratische Linke, die Sozialisten, die Radikalen und die Radikal-Sozialisten haben gestern beschlossen, die Kandidatur Millerands abzulehnen und einen eigenen Kandidaten aufzustellen, über dessen Name heute Beschluß gefaßt werden soll. Leon Bourgeois wird neben Peret am liebsten genannt.

Paris, 22. Sept. Ministerpräsident Millerand empfing gestern abend eine Anzahl Senatoren, die von ihm bezüglich seiner Erklärung die Versicherung haben wollten, daß diese Erklärung über die Revision der Verfassung keine Änderungen in der inneren Politik darstellte. Millerand erklärte, er erachte die Forderung gewisser Artikel der Verfassung für notwendig, aber er habe immer im Auge behalten, daß diese Revision nicht früher vorgenommen werden könne, bis die Lösung der großen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme erfolgt sei. Es sei nicht sein Ziel, die Autorität des Präsidenten der Republik zu vergrößern.

Preussische Landesversammlung.

156. Sitzung, Mittwoch, 22. September, 1 Uhr nachmittags. Zur ersten Beratung stehen Gesetzesentwürfe von Herzog (Dn.), Dr. von Klätzer (D. Wp.) und Dr. Fr. J. von Aenderkerke über die Verfassung des Gesetzes über die Gründung einer neuen Stadtgemeinde Groß-Berlin. Vgl. Wölke (Dn.). Das Gesetz über Groß-Berlin ist nur mit geringer Mehrheit vom Hause angenommen worden. Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes muß hinausgeschoben werden. Bis zum 1. Oktober lassen sich umliegende Orte anarbeiten. Es muß auch über die Verhältnisse der sozialdemokratischen Parteien das Verfahren, das jetzt in der engeren Stadtgemeinde Berlin eingeführt wird, so wie jede Maßnahme der bürgerlichen Parteien zurückzuziehen, auf Groß-Berlin ausstrecken. Ein großer Geschäftskreis kommt hinzu, das ist die Kreditbank von Groß-Berlin. Die Zustände von Berlin, so wie man auf den Verberberung der bürgerlichen Parteien bezüglich der Wahl des Stadtschulrats seine Mühsal bringt, sich aber dem Wachstum der Straßenbahn ohne Prüfung beugt, werden auf Preußen und Deutschland nicht ohne die Wirkung bleiben. Die Anträge bedürfen einer gewissen Ausfertigung.

Hg. Dr. Redig (D. Rp.): Die Unabhängigen werden von den Mehrheitssozialisten in einer Weise unterstellt, die sogar das Bedenken sozialistischer Führer erregt. Unter der Gemütshegung der Unabhängigen kann der Reichstag nicht stehen. Wir sind gegen das Gesetz, jetzt stellen wir uns auf seinem Boden, aber wir geben den Versuch noch nicht auf, ihm wenigstens die gefährlichsten Risse auszubringen. Wir wünschen, daß der Magistrat nicht nur aus Befehlenden, sondern auch aus unbefehlenden Mitgliedern bestehe. Wir halten ferner Maßnahmen für notwendig, durch welche den Parteien Schutz gegen die Parteimiliz von Berlin geboten wird. Das Inkrafttreten des Gesetzes wünschen wir. Hg. Dr. J. J. von Aenderkerke (Rp.) führt die Besorgnis von Berlin an, daß nicht zum geringsten Teil auf die Mängel der jetzigen Verfassung zurückzuführen sind. Die Wahl des jüdischen Abgeordneten Dr. Rosenfeld zum Stadtschulrat zeigt, daß die demokratischen Kreise auf lebhaften Widerstand, obwohl auch in breiten Arbeiterkreisen. Wir verlangen Revision des ganzen Gesetzes über Groß-Berlin und empfehlen dazu Billigung eines neuen parlamentarischen Ausschusses von 25 Mitgliedern.

Hg. Hellmann (Co.) bittet, die Anträge abzulehnen, da es sich hier um Gelegenheits-Gesetzesmacherie schlimmster Art handelt. Auch seine Partei wünsche, daß an die Spitze der Fachstelle die besten Fachmänner treten, ohne Rücksicht auf ihre Parteigebhörigkeit und vermöge entschieden den Widerstand der freien Presse, Sozialpolitik, sondern auch demokratische Wirtschaftspolitik. Wir haben den Unabhängigen vorzuwerfen, wie es geschieht, wie in den unabhängigen von der bürgerlichen Parteien aus dem

Wie man Präsident wird.

Der Weg zum Elisee.

Als sich im Januar dieses Jahres die französische Nationalversammlung mit großer Mehrheit für die Wahl Paul Deschanel zum Präsidenten der Republik entschied, war das gewöhnlich und merkwürdigste Ereignis, das die Geschichte des Staatsamts eine gewisse Stelle einnimmt, das Deschanel's Kandidat, der große Clemenceau, nicht verurteilte. Wenn man bereits an der Schwelle der Ehre steht, wie der damalige französische Ministerpräsident, so kann man seine Gewähr mehr dafür leisten, während einer lebenslänglichen Amtsperiode alle die wünschenswerten Eigenschaften zu besitzen, die die Ehre und den Ruhm des Staatsamts auszeichnen. Außerdem war Herr Clemenceau den Senatoren und Deputierten so beliebt, so unerschrocken, so unerschütterlich, und die Angst vor diskontinuirlichen Wahlen ließ sich durch die Besorgnis überlegen, elegante und prägnant ein wenig farbige Herr Deschanel als Sieger aus der Wahl hervorzugehen.

Aber es kam anders, als man vermuten konnte. Während Herr Clemenceau sich bewundernswürdiger Gesundheit und Mäßigkeit erfreute und im Besitz sehr, einer anstrengenden Tagesruhe genoss, die ihm seine Position als hervorragender Mann, der in Mäßigkeit sein Amt nur wenige Wochen schiedt und recht bald ausüben konnte. Ob er noch einmal in den Wettbewerb seiner früheren politischen Spannkraft gelangt, das ist der Art seines Lebens und seinem Alter recht fraglich, und mit seiner Amtsbekleidung ist Herr Clemenceau verbunden, die er nicht als dem politischen Leben. Immerhin, der Mann hatte sein Ziel, in der französischen Beamtenschaft bis an die höchste Stelle zu gelangen, erreicht; er hatte dieses Ziel während seiner ganzen Laufbahn nie aus den Augen gelassen, und er war darin vorzüglicher gewesen als der ihm geistlich überlegenere Clemenceau, der sich im Januar 24 Stunden so lang schämte gegen die Annahme der Kandidatur verweigert hatte. Denn dieses Bekleidene Sträuben gehört dazu, wie wir eben jetzt bei Herrn Millerand sehen haben, der auch erst ein entzündetes, welches niemals gesprochen hätte, um sich dann, auf den Wunsch der Nation zum alleinigen Kandidaten nominieren zu lassen. Man weiß, wie diese nationale Forderung nach Millerands Kandidatur in Wahrheit aussieht; es sind die ihm ererbten Führer der massenhaften Parteien und Kameraden, die seine Kandidatur „gemacht“ haben. Dabei hat Herr Millerand, was man nicht leicht bemerkt, die Ehre, die er in dem rechten Augenblick da abgibt, wie überhaupt bei der Wahl prominenter Persönlichkeiten in der dritten Republik psychologische

Maßnahmen auszuführen, aber die Unabhängigen wollten in der Rechtsart nicht zusammenarbeiten. Wir waren also in der Zwangslage, entweder mit den Unabhängigen zusammenzugehen oder mit den Bürgerlichen. Im letzteren Fall wären die Unabhängigen von jeder Verantwortung und jeder Befreiung gewesen. Das durfte allerdings ihrer Stärke in Berlin keineswegs geschaden. Der Behauptung, Preußen und das Reich würden durch die Berliner Vorgänge erschüttert, müßte er widersprechen. Der Ausschluß der Stimme er zu, wolle aber das Gesetz selbst nicht zurücktreten lassen.

Dr. Wirth über die Finanzlage.

Die ungeheure Schuldenlast des Reiches.

WTW. Berlin, 22. Sept. (Deutschnachricht.) Am 14. in der heutigen Sitzung des Reichstages führte der Reichsminister Dr. Wirth aus: Wir stehen offensichtlich vor der Notwendigkeit, uns über die Finanzlage des Reiches Gedanken zu machen. Es genügt aber nicht, sich nur die Tatsache vor Augen zu halten und die kurzfristige Macht der Zahlen dem Gedächtnis einzuprägen, sondern wir müssen zu weittragenden Entschlüssen kommen und ein wirtschaftliches und finanzielles Programm für die nächste Zeit uns vornehmen. Schlechte Finanzen sind wohl auch der Ausdruck einer krankhaften Wirtschaftslage. Es ist deshalb nur wenig zu wiederholen. Die folgenden Gründe sprechen eine lebendige Sprache. Niemand, insbesondere die Beamten, sollte sich der Gewalt dieser Sprache erschrecken. Im Jahre 1913 keilte die Wirtschaftsentwicklung einen Ansehens auf, der ordentliche Einnahmen und Ausgaben nach dem Soll in Höhe von 15,8 Milliarden hatte, ferner außerordentliche Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 47,2 Milliarden, somit Gesamteinnahmen und Ausgaben mit 63 Milliarden. Der Vorschlag für das Jahr 1920 sieht, wie jetzt dem Reichstag zugeht, Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 39,8 Milliarden vor, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die deutschen Reichseinnahmen aus Steuern, von denen ein Teil den Ländern und Gemeinden zuzufallen, mit dem vollen Aufkommen in Einnahme und mit den an die Länder und Gemeinden abzuführenden Beträge von 9,4 Milliarden in Ausgaben abzunehmen sind, so daß nach Abzug dieser Summe die eigentlichen Ausgaben des Reiches im ordentlichen Etat sich auf 30,4 Milliarden belaufen. Der außerordentliche Etat sieht Ausgaben vor in der Höhe von 39,7 Milliarden und Einnahmen von 2 Milliarden, hat also einen Nettobetrag von 37 Milliarden. In dieser Zahl sind die rezeptionsfähigen Beiträge, Eisenbahnen und Post nicht enthalten. Für sie wird vielmehr ein besonderer Haushalt aufgestellt, bei dem jetzt für die Reichsfinanzverwaltung ein Nettobetrag von über 18 Milliarden und bei der Post ein Nettobetrag von über 2 Milliarden feststeht. Wenn es nun auch gelungen ist, den ordentlichen Haushalt bei höchster Spannung aller Einnahmekonten auf dem Papier zu balancieren, so verbleibt immer ein aus den nicht gedeckten Ausgaben des außerordentlichen Haushalts der Post und Eisenbahnen im Gesamtbetrag von 37,7 - 18 = 19,7 Milliarden Mark. Desgleichen sind im außerordentlichen Haushalt an Aufwendungen aus Anlaß der Durchführung des Friedensvertrages und seiner Vorarbeiten für das Rechnungsjahr 1920 25 Milliarden vorgesehen. Dazu kommen noch die finanziellen Aufwendungen aus Anlaß des Friedensvertrages, welche gemäß dem Artikel 17 des Friedensvertrages für die Liquidation des deutschen Eigentums im Ausland auf 10,4 Milliarden. Die Liquidation von Kriegsmaterial wird auf 13,4 Milliarden geschätzt. Nach den Kriegsschuldeneinstellungen beläuft sich die Gesamtforderung für Kriegsschuldeneinstellungen an Reichsangehörige infolge des Krieges auf 131 Milliarden Mark, wobei das in der letzten Woche erfolgte Sinken des Markwertes noch nicht berücksichtigt ist. Nicht enthalten sind in diesen Zahlen die Summen, die das Deutsche Reich für Lieferungen und Leistungen zu vergüten hat, die als Wiedererstattung im Sinne des Friedensvertrages an die einzelnen Entschädigten bewilligt worden sind und weiter bewirkt werden, und deren Gesamthöhe sich überhaupt noch nicht absehen läßt. Man muß sich nur die Höhe des gesamten aus dem Friedensvertrag und infolge des Krieges zu zahlenden Zinses einmal richtig überlegen, um die ungeheuren Kosten, die allein aus Anlaß

des Dominicans (Dm.): Aus dem Angehörigen, daß die Sozialdemokraten aus einer Zwangslage heraus gehandelt haben, ergibt sich nur, daß die für sie nicht gerechtfertigt und Sachliche das Leitmotiv waren. Dadurch, daß der frühere Magistrat in alle Parteien vertreten, sozialdemokratische Parteimitglieder, nicht die Rufe des Gesetzgebers in sein Gewissen verankert, wodurch schließlich, indem er sich für den Zentrumsantrag ausspricht, hält dagegen die beiden anderen Anträge für bedenklich. (Schluß folgt in der Nebenbeilage.)

des Friedensvertrages auf uns liegen, ermessen zu können. Die 25-Ausgaben für das Rechnungsjahr 1920 sowie für das erste Drittel 1920 und der vorausgesetzte Bedarf für die Zeit vom 1. August 1920 bis einschließlich 31. März 1921 wird sich auf mindestens 54 Milliarden belaufen, wobei festzuhalten ist, daß es sich um größten Teil noch festgesetzte unendliche Zahlungen, sondern nur um vorläufige Aufschätzungen handelt, deren Festlegung erst dann noch begonnen hat.

Eine Hilfe verdient noch besondere Beachtung, daß für den genannten Zeitraum allein für die Bezahlung, den Wiederaufbau und andere öffentliche Kommissionen 14,9 Milliarden erforderlich sein werden. Es ist deshalb nicht zu vernachlässigen, daß die schwebende Schuld des Reiches gemäß in die Höhe geht und daß die Umwägung und die damit verbundene Papierlast immensartig beizumessen werden muß. Die schwebende Schuld des Reiches ist im Jahre 1920, und zwar bis zum 18. September, um

47,5 Milliarden Mark gemachsen. Die frontierten Schatzanweisungen und Schatzwechsel belaufen sich am 18. September auf 132,3 Milliarden Mark, was sich weitere Zahlungsvorgängen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln, sowie Sicherheitsleistungen in Höhe von 19,4 Milliarden stellen.

Die Gesamtschuld mit Einrechnung der fundierten Schuld im Betrage von 91 Milliarden beträgt demnach 242,7 Milliarden Mark.

Dazu treten die den Ländern noch restlich abzumachenden schwebenden Schulden und Zinsverpflichtungen an die Länder aus Anlaß der Übernahme der Eisenbahnen im Gesamtschuldensumme von 25 Milliarden und die von den Ländern vorausgesetzten Beträge für Familienunterstützung, Arbeitsbeschäftigung usw. in Höhe von 18 Milliarden.

Diese Zahlen reifstfertigen wohl das Urteil, daß unsere finanzielle Lage mehr als ernstlich beunruhigt werden muß. Man darf sich deshalb nicht verwehren, daß der Reichsfinanzminister der Erhebung der Budgets, die neue große dauernde Belastungen, mit allergrößter Sorgfalt entgegenzusetzen, vor allem dann, wenn es sich um die Höhe der Reichsfinanzverwaltung handelt, erfordern.

Das Beschlusseffekt vom 20. April 1920 erfordert an Grundbesitzern, Ortszuschüssen und Teuerungszugelagen (nach Durchschnittssätzen berechnet) jährlich 9,9 Milliarden, die Wertschriften betragen 7,8 Milliarden Mark gegenüber der früheren Bezahlung.

Der jetzt zur Entscheidung stehende sogenannte Revisionsantrag des Reichstages im Besonderen mit allen Revisoren und den Revisionsorganisationen verbundenem, erfordert eine Mehraufwendung von 824 Millionen gegenüber dem Gesetz vom 20. April. Die jetzt noch geäußerten Wünsche der Beamten würden nach der Berechnung des Reichsfinanzministeriums eine weitere Mehrforderung von wiederum 863 Millionen Mark bedingen, wobei diesen Wünschen gegenüber nicht besonders finanziell in Betracht kommt, daß die auch in den Ländern und Gemeinden wiederum zu neuen Forderungen führen müssen und ebenso Minderungen auf den Zeitbetrag der Angehörigen sowie der Reichs- und Staatsarbeiter äußern würden.

Clemenceau eine große Rolle spielen. Es ist hier, den richtigen Augenblick abzumachen, und es ist ebenso notwendig, im geeigneten Moment aus dem politischen Gedächtnis zu nehmen, wie ich gegebenenfalls rechtzeitig bemerkbar zu machen. In früheren Jahren seiner Laufbahn hatte George Clemenceau das für ein Präsidentenamt notwendigste, das ist die unerschütterliche andere Volkstreu, kompromittiert war, die er sich in den Jahren 10 im Hintergrund und wartete geduldig seine Zeit ab. Das hat auch Herr Poincaré geahnt, der jetzt wohlweislich absteht hat, seine Kandidatur wieder aufzugeben. Er würde gewiß gern wieder Präsident geworden sein, aber er ist sich der Tatsache bewußt, daß für ihn augenblicklich der psychologische Moment nicht gekommen ist.

Auch bei Poincaré's Wahl im Jahre 1913 hatte Clemenceau, der lange Zeit hindurch Frankreichs „Präsidentenmacher“ gewesen ist, die psychologischen Umstände nicht genügend gewertet. Der Krieg war damals nicht wohl, das Poincaré's Wahl zum Staatschefstand den Krieg behauptet, deshalb ludte er sie mit allen Mitteln der Parteipolitik zu hintertreiben. Aber die Parteipolitik ist unter den ewig wandelnden parteipolitischen Verhältnissen Frankreichs nicht eben groß, und es war gerade sein entscheidender Widerstand gegen Poincaré's Wahl, die diesem die Möglichkeit gab, Clemenceau bald damals den Bisher besaßen, gegen Poincaré nicht nur seinen politischen Reue, sondern auch sein Geld zu führen, er hatte in der Periode des war sehr reich, aber nicht gerade bedeutenden Subsidiums Pans aus eine wenig angestrichelte Gegenüberstellung. Herr Pans wäre sicher, sich auch ein Präsident von Clemenceau haben geworden, und das hätte den Deputierten und Senatoren nicht. Bei einer geschickteren Auswahl des radikalen Kandidaten und einer zurückhaltenderen Propaganda Clemenceau wäre vermutlich Herr Poincaré nicht gewählt worden, und wer weiß, welche Wendung auch die Geschichte der letzten Jahre genommen hätte. Der neue Präsident nach Paris farrte, lang bei Clemenceau's Ergebenheit, in die „Welle der Welle“. Die „Welle der Welle“ richtete sich für die Niederlage, indem sie Poincaré am 28. Juni 1919 nicht zu dem feierlichen Friedensschluß in Versailles einlud. Und es ist überhaupt ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß es Clemenceau war, der Frankreich aus dem Krieg reichte, den er ungeschicklich seines traditionellen Deutschlandes verdrängt nicht gewollt hätte.

Poincaré's Vorläufer, der wohlweislich und hiesige

Politiker war, mit der Willigung Clemenceau's, hauptsächlich deshalb als Kandidat aufgestellt und gewählt worden, weil es notwendig war. Es war das schon so etwas wie eine Tradition; denn auch Douhet war seinerzeit Präsident des Senats gewesen, bevor er ins Elisee einzog. Mit einem Loubet hatte vor mehr als zwei Jahrzehnten die Herr der radikalen Präsidentenwahl, der Herr Douhet, im Jahre 1871, als Herr Douhet, ein Steinlein eines pflichtigen und für ein Staatsvertrug nicht gerade rühmlichen Todes gestorben war. Der Ged an den französischen Präsidenten war übrigens an diesen Tag gestorben; denn die Rolle der nationalpolitischen und realistischen Dreuzugener war abzuwachen, und der an der unglücklichen Verurteilung von Douhet mitschuldig Herr Douhet hätte sich der Wahrheitsfindung nach noch mehr lange im Elisee halten können. Wie ihm, so war auch seinen beiden Vorgängern die Verbindung der lebenslänglichen Amtsperiode nicht beschieden gewesen. Carnot wurde 1824 in Lyon ermordet, und dessen Vorgänger Jules Grévy mußte sein Amt niederlegen, weil er durch seine Schwägerin Wilton, der als Deputierter einen blühenden Lebenslauf und Handel mit Staatsämtern betrieb hatte, unrettbar kompromittiert worden war. Freilich war „Pans“ Grévy der einzige Präsident der dritten Republik, der nach dem Ablauf seiner ersten lebenslänglichen Amtsperiode wiedergewählt worden war. Seine zweite Amtsperiode dauerte aber nicht einmal mehr zwei Jahre. Sein Vorgänger war der Herr Douhet, in dessen Wahl war die in der ersten Hälfte der Republik Jahre auf eine solche Wendung hoffende Stimmung der Franzosen ins Elisee verfallen. Aber auch damals kam es anders, und Mac-Mahon legte vorzeitig sein Amt nieder. Wohlke Thiers, der erste Präsident der dritten Republik, kam nachher auf die gleiche Weise zum höchsten Amt im Staat, wie fast fünfzig Jahre später Herr Grévy in der deutschen Republik. Wie dieser im Augenblick der Umwälzung das gewisse Staatsvertrug ergriff und mit Geduld durch die wilden Stürme der ersten Revolutionsmonate leistete, so war auch Thiers schon vor dem Ende des deutsch-französischen Krieges Ober der Erhebung zum Reichspräsidenten, und wurde am 21. August 1871 als „Präsident der Republik“ in seinen Vollmachten auf drei Jahre befristet. Erst im Jahre 1875 wurde die französische Verfassung geschaffen, die die Amtsperiode des Präsidenten auf sieben Jahre bemisst.

Man sieht, es ist eine gewisse Weisheit, die ins Elisee führen, und ein allgemeines öffentliches Recht, die ins Elisee führen, die nicht führt, läßt sich nicht geben. Soviel freilich recht hat, daß ungeschickter oder unglücklicher immer nur verurteilte Politiker in Frankreich das höchste Staatsamt erobert wird, der es vermag, im rechten Augenblick seine Chancen wahrzunehmen und den psychologischen Moment zu nutzen. M. L.

